Das GEG und nie gekannter Betrug an deutschen Bundesbürgern

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Die Ampelpolitik und ihre Zerstörung von politischem Anstand und Regeln

Von Werner Eisenkopf,

EIKE-Gründungsmitglied, Und auch einfaches Mitglied der SPD, seit 1985

Sachstand beim Verfassen: Fr. 16.6.2023 Morgens – Brief an den SPD Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Rolf Mützenich in leicht editierter Form

Diese drastische Überschrift, ist hier völlig bewu0t und absichtlich so formuliert. Wer die politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kennt, wird keinen einzigen früheren Fall kennen oder ein Beispiel nennen können, wo eine ähnlich massive Täuschung, Belügung und Nötigung der Bürger vorkam. Wo man so willkürliche, extrem teure, oft auch noch sinnlose und die Grundrechte auf Eigentum verletzende Gesetztexte für Zwangsmaßnehmen, auch noch in extrem kurzer Zeit durchziehen wollte.

Habeck hat tatsächlich die CO2-Emissionen sogar an 2022 deutlich verstärkt! Das verschweigt er aber und auch sein Staatssekretär Udo Philipp. Weiter unten wird dies näher erklärt. Dazu stürzen die Ampel-Politiker, jetzt auch noch bundesweit alle Bau-Genehmigungsbehörden, Schornsteinfeger, Handwerkerfirmen etc. in ein zeitlich-terminliches Chaos! Langwierige Dinge wie Bau- und Energieplanung, müssen ja nun plötzlich um mehrfaches beschleunigt werden, wenn man sich dem Habeck-Diktat, nicht einfach beugen will. Allein schon der Zeitpunkt, ab 1.1.2024, ist an sich schon absurd und überhaupt viel zu kurz. Haus- und Heizungsplanungen sind ja kein Schnellschuss-Projekt, das nachher auch leicht wieder korrigierbar ist und allein Zuschussklärungen, können in Einzelfällen eher lange dauern. Ohne diese aber können Viele gar nicht bauen.

Die darin beteiligten Politiker der Ampel-Koalition, haben hier wirklich jedes Gespür und Maß verloren. Sie erkennen offenbar nicht einmal, daß sie gerade GESCHICHTE machen. Jedoch NEGATIVGESCHICHTE und dies immer näher an undemokratischen Zonen, die mancherorts auch bereits „KLIMA-Faschismus“ genannt werden, ohne hier und heute, diesen Begriff bereits selbst zu verwenden.

Doch der Reihe nach, Punkt für Punkt und am Ende eine deutliche Grafik.

Seit Monaten stritt man in der Bundespolitik der Ampel-Regierungsparteien, um das geplanten schärfere GEG – Gebäude-Energiesetz. Die SPD eher unbestimmt, Die FDP scheinbar als „Rebell für

den Bürger“ und die Grünen als diejenigen, denen dies alles noch zu wenig und zu langsam ist. Vor wenigen Tagen plötzlich die Schlagzeilen, man habe sich geeinigt und wolle das Gesetz noch vor der Sommerpause im Bundestag durchbringen. Dazu, daß man Änderungen als nötig erkannt habe und berücksichtigen werde. Es käme also „ein ganz neues Gesetz“ als Vorlage.

Stattdessen wurde im Bundestag die unveränderte ALTE GEG-Entwurfsfassung vom 17. Mai 2023 eingebracht! Dies nur mit „Leitplanken“ als neue Verbal-Beschönigung. Somit eine da schon fast einen Monat alte Fassung, die keine einzige der vorher vollmundig versprochenen Änderungen und Anpassungen enthielt. Allein dies ist schon ein Affront und eine Beleidigung für jeden normal denkenden Bürger. Hier sieht ganz besonders die Bundes FDP schon wirklich lächerlich aus. Wozu das ganze vorherige Getue, wenn das noch nicht mal im eingebrachten Entwurf überhaupt enthalten ist.

Dann hat der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Mittwoch, 15. Juni im Bundestag öffentlich behauptet, wegen „Untätigkeit“ in der Merkel-Regierungszeit, müsse alles nun „schneller“ gehen. Dies als vorgeschobene Begründung für das extrem hohe Tempo, was hier plötzlich gezeigt wird. Das nachher wohl für die meisten deutschen Bürger, egal ob als Hausbesitzer oder als Mieter, sicherlich persönlich teuerste Gesetz aller Zeiten, demnach im Schweinsgalopp und Rekordtempo durch den Bundestag ziehen.

Diese Argumentation des Bundeswirtschaftsministers Habeck und dazu auch aller dies genauso begründenden Ampel-Politiker, ist inhaltlich leider tatsächlich eine glatte Lüge und Betrug am Bürger. In einer funktionierenden Demokratie wäre dies zudem ein Fall für die Gerichtsbarkeit wegen Falschinformation und Vortäuschung falscher Tatsachen.

Tatsächlich verschweigt Herr Habeck, daß ausgerechnet er selbst als Minister, im Jahr 2022, die Emissionen (CO2) stark ERHÖHT hat. Viel mehr erhöht hat, als man mit all diesen teuren Heizungs-Umbauten überhaupt je „einsparen“ könnte. Der „Klima-Minister“ als Pusher von CO2! Stand dies jemals in einer Zeitung oder sendeten ARD oder ZDF etwas dazu? Offenbar nie! Diese Journalisten WOLLEN NICHT sehen, was unübersehbar ist.

Nicht nur das Bundeswirtschaftsministerium hat genaue Zahlen, wieviel russisches Erdöl und Erdgas, vor dem Russland-Ukraine-Krieg , nach Deutschland importiert wurde. Diese Riesenmangen waren nicht nur vergleichbar billig eingekauft, sondern erforderten auch nur eine begrenzte Zahl an ökonomischen sparsamen Pipeline-Pumpen und -Verdichtern. Dies alles ist nun aber umgestellt auf jetzt unzählige und teils weltumspannende Schiffstransporte! Schon in 2022 waren das hunderte von Schiffsladungen, anstatt der Pipelines. Jeder riesige Schiffsmotor, mit dazu meistens noch Schweröl als „allerdreckigster möglicher“ Treibstoff, pustet ungleich mehr Emissionen aus, als vorher

die Pipelines. Doch wo ist dies aufgelistet und berechnet? Stattdessen wird es komplett totgeschwiegen und Reporter stellen sich dazu auch dumm.

Wenn Herr Habeck also „wegen der Merkel-Zeit“ seine jetzige Eile begründet, aber dabei seine eigene, von ihm selbst ministeriell verantwortete STEIGERUNG der Emissionen unterschlägt und totschweigt, ist das letztendlich LUG und BETRUG am Bürger.

Dazu kommt teilweise sogar dasselbe (!) russische Erdöl, wie früher einst per emissionarmer Pipeline, nun aber per Schiffen zu uns. Dies teils auf Umwegen wie über Indien und viel mit griechischen Tankern transportiert. Dazu alles natürlich auch um ein vielfaches teurer als früher.

Wer also als alleiniges Maß aller Dinge, die ausgestoßenen CO2-Mengen berechnet, muß den Habeck-Behauptungen widersprechen. Kein einiger Bundesbürger und kein deutscher Industriemanager, hat jemals vorhandene Emissionen so stark gesteigert, wie ausgerechnet Herr Minister Habeck seit 2022!

Die Begründungen für diese Gesetzes-Eile im Bundestag, sind also schlicht gelogen und sollen täuschen. Dies sollte den beiden Fraktionsvorsitzenden von FDP und SPD im Bundestag auch bekannt sein, doch es wären da noch viel mehr konkrete Worte und Äußerungen schreibbar, aber die kommen sicherlich noch massiv in den aktuellen Landtagswahlkämpfen von Hessen und Bayern. Die Proteste in Erding, am 10.6.23, waren sicherlich nur ein Anfang von Größerem. Auch Rolf Mützenich, wird sich garantiert noch warm anziehen müssen.

Dann nochmals zu der im GEG-Entwirf genannten Schlüsselzahl „65%“ ohne irgendeine auch nur ansatzweise Begründung, wie oder wodurch diese Zahl überhaupt zustande kam? Bisher mußte bei neuen deutschen Gesetzen oder Regeln, zumindest ansatzweise eine Art „Legitimierung“ des staatlichen Eingriffs vorgelegt werden. Also deren Einführung und Details, zumindest etwas detailliert begründet werden.

Heute scheint es zu reichen, daß zu irgendeiner späten Nachtstunde in Berlin, nach einem langen Koalitions-Verhandlungstag 2021, die müden und vielleicht mehr oder weniger alkoholisierten Ampel-Politiker, solche Zahlen würfeln oder losen? Daß sie offenbar einfach eine willkürliche und „krumme“ Zahl „65%“ spaßeshalber damals als „Einigung“ bezeichnen und diese nun in einen Gesetzentwurf einbringen, ohne sie als Zahl und Herleitung überhaupt je zu erklären. Ein Ansatzpunkt für jede spätere Verfassungsklage, gegen das GEG.

Doch auch unzählige Zeitungsreporter und Fernseh-Journalisten, schieben und sendeten schier unzählige Details von Details zum GWG-Entwurf, jedoch niemals etwas zu dieser Zahl „65 %“ selbst. Man nennt dies sinngemäß den „rosa Elefanten“ im Raum, DEN KEINER SEHEN WILL!

Daß all diese teure Umstellung bundesdeutscher Heizungen, zu Irrsinnspreisen, nachher irgendwas am globalen Wetter bzw. Klima „ändern“ würde, glaubt auch Robert Habeck gewiss nicht. Selbst sein eigener früherer Staatssekretär Graichen, nannte mal „1,4 % rechnerische Emissionseinsparungen für ganz Deutschland bis 2030, falls bis dazu 6 Millionen Wärmepumpen, entsprechend Öl- und Gasheizungen abgelöst haben sollten.

Man lasse sich dies nur mal auf der Zunge zergehen. In der Grafik ganz unten, kann man dies grafisch schön klar dargestellt sehen.

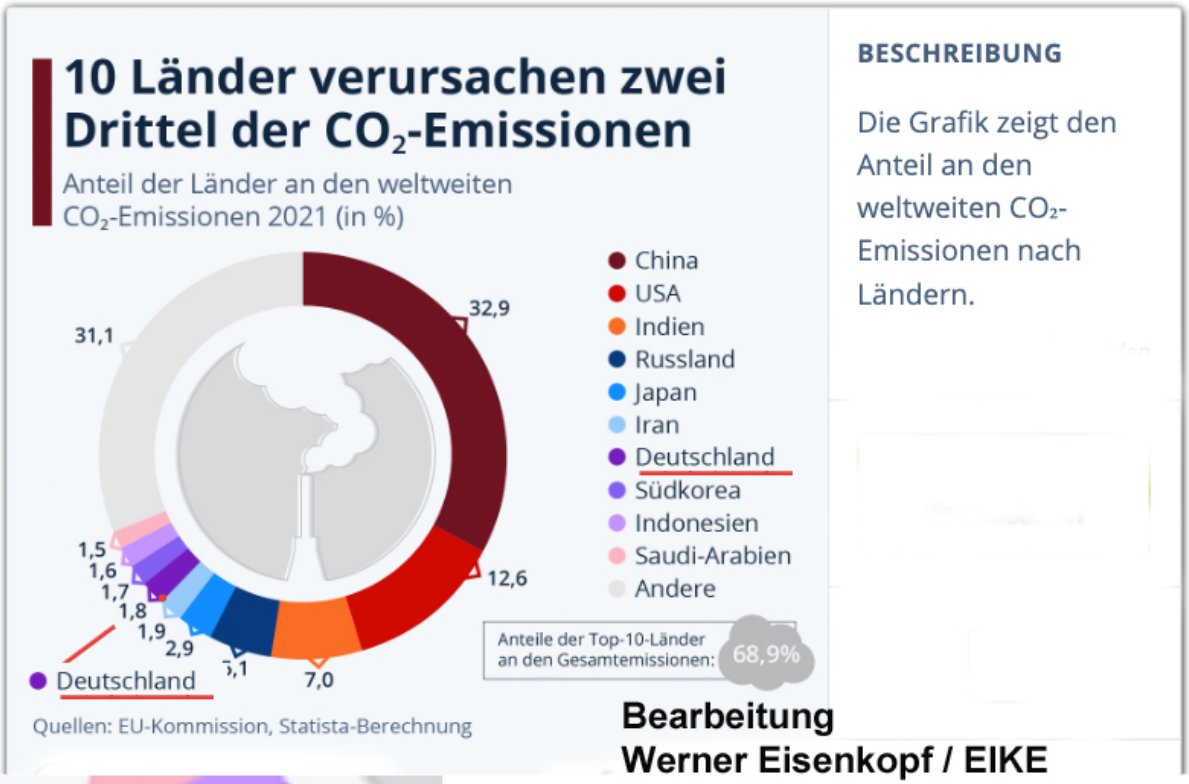
Es ist sogar sicher, daß die globalen Emissionen noch viel stärker ansteigen werden, als nicht nur Deutschland, sondern sogar die ganze EU künftig (bis 2045/2050) „EINSPAREN“ kann! Die jetzt schon offiziellen und gemeldeten Steigerungspläne, beim künftigen Kohle-, Erdöl- und Erdgasverbrauch von Indien und China, lassen das ganze „Klimaschützen“ nur noch als reine „politisch gewollte grüne Symbolpolitik“ aussehen. Maßlos, teuer, schädlich und sinnlos fürs Klima! Man betrachte nur einmal die Grafik unten und den „globalen Fliegenschiss“ der deutschen Heizungen als Vergleich.

In künftigen Generationen, wird man rückblickend rätseln, wie eine ganze Welt auf diesen ganzen „Klima-Irrsinn“ hereinfallen konnte . Wie man seine eigenen Grundlagen als Industrienation und Wirtschaft zerschlagen und selbstdemontieren konnte. Dies alles in einem leider wirklich nur noch „klimareligiös“ nennbaren Wahn als selbsternannte „Weltretter“ und ohne Zweifel am eigenen Tun.

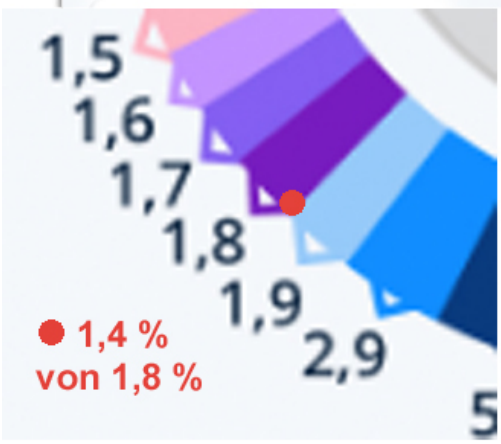
Wer Details am damaligen Untergang des weströmischen Reiches kennt, der sieht erstaunt bereits einige Parallelen zu heute in Europa. Damals Rom und heute Brüssel und Berlin.

Die FfF und die Klimakleber, wecken bei historisch Gebildeten, bereits gewisse Erinnerungen an Maos „Junge Garden“ bei der Kulturrevolution damals in China. Jedoch auch Assoziationen zu den verführten jungen Menschen im 1. Weltkrieg. „Assoziation“ ist noch kein Vergleich oder eine Gleichsetzung. Es ist eher ein inneres Betrachtergefühl. Doch wenn dieses GEG tatsächlich so wie vorgesehen und auch so schnell im deutschen Bundestag durchkommen sollte, ist danach in der bundesdeutschen Politik, wirklich nichts mehr so, wie es vorher war.

Das deutsche GEG-Heizungsgesetz, ist der global wohl allerteuerste „Fliegenschiss“ bei Emisssionen



Bearbeitung
Werner Eisenkopf / EIKE



● = Menge der in Deutschland bei 6 Millionen Wärmepumpen, anstatt Öl+Gas rechnerisch eingesparten Emissionen bis 2030 laut Zahlen von Graichen/Habeck. Sie betragen demnach 1,4 %, von jenen 1,8 % vom deutschen Anteil an weltweiten Emissionen, somit 0,0252 % für ca. 14000 € JE vermiedene Tonne CO2

Wer angesichts solcher Zahlen und Mengen, trotzdem weiter vom GEG als „wichtige Maßnahme zum globalen Klimaschutz“ redet, den kann man einen „weltfremden SPINNER“ nennen und das ist noch höflich formuliert!

Ergänzung vom 20.6.23 11:13



Wer hiernach trotzdem noch immer an „Klimaschutz durch CO2-Reduktion“ glaubt, ist Damit in einem „Glaubens-Bereich“ der nichts mehr mit Logik und gesundem Menschen –Verstand zu tun hat. Werner Eisenkopf

---

Sie habe sich geeinigt, jubelt eine zerstrittene Ampel – worauf eigentlich?

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Vom Unsinn »Wärmewende« ist niemand abgerückt, auch die FDP nicht. Sie spricht zwar von fundamentalen Änderungen im sogenannten Gebäude-Energie-Gesetz (GEG), aber ändert nichts Grundlegendes und macht mit.

Von Holger Douglas

Die Ampel habe sich geeinigt, jubelt eine zerstrittene Ampel. Auf was eigentlich? Geklärt ist nichts. Vom Unsinn »Wärmewende« ist niemand abgerückt, auch die FDP nicht. Sie spricht zwar von fundamentalen Änderungen im sogenannten Gebäude-Energie-Gesetz (GEG), aber ändert nichts Grundlegendes und macht mit.
Es bleibt bei jenem fundamentalen Nonsens »Wärmewende«. Man müsse künftig anders heizen, wie Scholz es gestern Abend ausdrückte. Also mal eben in rund 42 Millionen Wohnungen Heizungen und Kamine rauswerfen, in Fabriken neue produzieren, mit enormem Aufwand durch das Land transportieren und in sämtliche Wohnungen und Häuser einbauen. Jene Energieträger wie Öl, Gas und Kohle, die bisher aufgrund ihrer

Energiedichte in der Lage waren, auch in kalten Zeiten für warme Wohnungen zu sorgen, sollen aufgrund des CO2-Erzählung rausgeworfen werden.

Vom Tisch ist der Plan des sogenannten »Klimaschutzministers« Habeck (Grüne), der den Einbau von Öl- und Gasheizungen bereits ab dem kommenden Jahr verbieten wollte. Nach dem aktuellen Entwurf könnte diese Regelung nur für neue Häuser infrage kommen. Eine Wärmepumpe soll nicht mehr verpflichtend sein.
Nach einer Mitteilung der Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und FDP soll es erst ab 2028 oder 2029 in Kraft treten. Es soll erst dann für bereits bestehende Gebäude gelten, wenn Städte und Kommunen »Wärmepläne« fertiggestellt haben.
Denn die Ampel verweist auf die sogenannte »kommunale Wärmeplanung«, nach der Städte und Gemeinden ihre »Wärmewende« schaffen sollen. Erst wenn die Kommune ihre »Wärmeplanung« vorgelegt hat, dann soll das GEG gelten. Wenn – was absehbar ist – ab Januar kein kommunaler Wärmeplan vorliegt, sollen weiterhin Gasheizungen eingebaut werden dürfen – allerdings nur, wenn sie auf die neue Wärmewendenwunderwaffe Wasserstoff umrüstbar ist.

Wenn Kommune X nicht über ein H2-ready-Gasnetz verfügt, dann darf man keine neue Gastherme einbauen – oder auch nicht. Mit solchen lästigen Details haben sich die Ampel-Koalitionäre wohl nicht befasst. Fernwärme- und Gasnetze gibt es vor allem in Ballungsräumen, auf dem Land nicht. Dort transportiert man Energie am effektivsten in Form von Kohle oder Öl.

Gasheizungen sollen nicht sofort weg, sondern auch nach dem 1. Januar 2024 noch eingebaut werden dürfen, wenn sie auf den Betrieb mit Wasserstoff umgerüstet werden können. Bisher gibt es weder dafür geeignete Gasthermen, noch ein »H2 ready« – Gelegenheit, für Carrier global, jener US-Konzern, der Viessmann aufgekauft hat, weiter an Unsinn fett zu verdienen.

Für Neubaugebiete wiederum soll das Heizgesetz bereits ab dem kommenden Jahr gelten. Bei einem sogenannten Umstieg auf sogenannte »klimaneutrale« Heizsysteme soll nicht mehr nur eine Wärmepumpe eingebaut werden dürfen, Holz- und Pelletheizungen sollen weiter betrieben dürfen. Die gelten als »Biomasse«, also als gut; sie erfüllen jene Vorgabe, nach der sie zu 65 Prozent mit Biogas oder Wasserstoff betrieben werden. Kommunen müssen einen verbindlichen Fahrplan zum sogenannten Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft vorlegen, um das Gasnetz transformieren zu können. Was auch immer das ist.
Vor allem müssten sie dazu Personal, Geld und Baumaschinen bereit halten, um Straßenzüge aufzugraben und neue Rohre verlegen. Das dürfte ziemlich aussichtslos sein.

MANFRED GÜLLNER FORSA

Eindruck früherer SPD-Wähler, dass sich die SPD „zu sehr einer Art grüner Diktatur beugt“

Absehbar: Es entsteht ein neues Monster. In Baden-Württemberg beispielsweise will ein »Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz« den Gemeinden vorschreiben, wie die »Wärmewende« laufen soll. Fast jede Kommune hat neues Personal eingestellt, das irgendwas mit »Klimaschutz« machen. Eine neue, prächtig genährte Fettschicht in den Verwaltungen entsteht. Unsinn und Verwirrung werden gestiftet, mit ziemlicher Sicherheit keine tragfähige »kommunale Wärmeplanung«.

Das neue Heiz-Gesetz soll in einer abgeschwächten Version noch vor der Sommerpause durch den Bundestag gedrückt werden. Es soll in dieser Woche zur ersten Lesung in den Bundestag kommen. Damit ist der vierte Versuch, die Republik komplett heizungstechnisch auf den Kopf zu stellen, nicht zuletzt aufgrund der vielen Proteste gescheitert. Vorerst.

Der Zeitpunkt, ab dem das Heizgesetz gelten soll, ist nach hinten auf 2028 oder 2029 verschoben worden. Bis dahin gibt es eine neue Bundestagswahl. Eine neue Regierung muss ziemlich viel in dem Wust neuer Gesetze und Verordnungen aufräumen und auf den Müllhaufen grüner Geschichte werfen.
Um eine angebliche Klimarettung geht es nicht. Wer Kernkraftwerke abschaltet, hat anderes vor.

Eine »Wärmewende« zum Kälteren. Die »Wärmewende« erfordere eine drastische Reduzierung des Wärmebedarfs der Gebäude, heißt es. Überhaupt keine Rolle mehr spielt in all den »Wenden« wie »Energiewende« und »Wärmewende« der entscheidende Begriff Entropie aus der Thermodynamik. Diese Wenden sollen gegen Gesetze der Physik durchgepeitscht werden. Am Ende siegt die Physik. Allerdings nachdem Milliarden Euro aus den Taschen der Hausbesitzer in andere Taschen verschoben wurden.

Die Ampel will trösten: Hausbesitzer müssen ihr Geld nicht sofort für neue Heiztechnik an die Herstellerfirmen verteilen, sondern erst später. Motto der »Wärmewendenwende« der Ampel: Wenn man jeden Tag zwei Schellen bekommen hat, sollte man sich freuen, wenn man nur noch eine verpasst kriegt!

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Ergänzung durch die Redaktion

Die Reden der AfD Abgeordneten Marc Bernhard (Bauausschuss) und Karsten Hilse (Klima- und Energieaussschuss) zum Gesetzentwurf GEG finden Sie hier. Den unveränderten Gesetzentwurf **vom 17.5.23** wie er heute am 15.6.23 im Bundestag eingebracht wurde finden Sie hier

Pro Kernkraft Petition der 20 Professoren wird am 9.11.22 von 8-9 Uhr im Deutschen Bundestag verhandelt

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Am denkwürdigen deutschen Schicksalstag, dem 9. November 2022, entscheidet der Petitionsauschuss über das Schicksal der deutschen Energieversorgung

von EIKE Redaktion

Die Stuttgarter Erklärung, als Pro – Kernkraftpetition – wir berichteten darüber – zeichneten kurz vor Meldeschluss fast 60.000 Petenten. Ab 50.000 Petenten ist der Deutsche Bundestag gesetzlich verpflichtet die Petition zu behandeln. Dies geschieht zunächst im Petitionsausschuss des Parlamentes in dem die Parteien prozentual entsprechend ihrer jeweiligen Kopfzahl im Parlament vertreten sind. Der gibt dann eine Empfehlung für das Plenum ab.

Das bedeutet, die Parteien, welche sich öffentlich und immer wieder für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ausgesprochen hatten, also CDU, CSU, FDP und AfD, hätten zusammen eine Mehrheit gegenüber SPD, Grünen und Linke. Sie müssten also einmal mehr Farbe bekennen, ob es sich wieder um bloße Lippenbekenntnisse handelt, oder ob sie wirklich meinen, was sie vielfach öffentlich versprachen.

Um den Druck zu erhöhen, wäre eine große Zuschauerzahl, welche die Parlamentarier bei ihrem Tun beobachten, sehr wünschenswert. Daher unsere Bitte, gehen Sie am Mittwoch morgen ab 8:00 Uhr auf diesen link https://www.bundestag.de/mediathek/live und nehmen Sie auf diese Weise an der öffentlichen Sitzung samt Abstimmung teil. Sie helfen auf diese Weise der Vernunft zum Erfolg.

Sie können und sollten sie hier live verfolgen.

Der Verein Nuklearia ruft unter dem Motto »Sag Politikern, dass du Kernkraft willst!« am 9.11.22 zu einer Demonstration auf. Dort demonstrieren Kernkraftfreunde am Mittwoch, dem 9.11., von 7:00 bis 11:00 Uhr vor dem Bundestag (Paul-Löbe-Haus, Haupteingang Konrad-

Adenauer-Straße, U-Bahnhaltestelle Bundestag). Anlass sind die Sitzungen des Petitionsausschusses und des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, die an diesem Vormittag Experten zum Thema Kernkraft und Laufzeitverlängerung anhören.

Rainer Klute, Vorsitzender der Nuklearia, zur geplanten Kundgebung:

> »Wir wollen laut daran erinnern, dass eine klare Mehrheit der Deutschen die Kernkraft will – und zwar langfristig. Jüngste Umfragen und auch die erfolgreiche Petition belegen das eindrücklich. Und wir protestieren dagegen, dass Politiker trotz des Ernstes der Lage immer noch EE-Lobbyisten wie Frau Kemfert das Wort geben, anstatt echte Experten anzuhören. Die Energiekrise ist da, und sie wird bleiben. Wir werden noch lange Zeit jede verfügbare Kilowattstunde brauchen – auch von unseren Kernkraftwerken, die zuverlässig und unschlagbar günstig Strom produzieren.«

Die Rettung der Klimapolitik vor den Bürgern

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Abwehrschirm und Entlastungspakete sollen angeblich den Wohlstand der Bürger erhalten. Sie zielen jedoch darauf ab, die elitäre ökologische Klimapolitik vor einer Rebellion der Bürger zu schützen.

von Alexander Horn

Die immer weiter explodierenden Gas- und Strompreise zwingen die Bundesregierung, nach bisher drei insgesamt etwa 100 Milliarden Euro schweren Entlastungspaketen nun nachzulegen, um die Bürger vor steigenden Energiepreisen abzuschirmen. Auf die Belastung der Bürger und Unternehmen durch die ursprünglich vorgesehene Gasumlage wird verzichtet. Stattdessen kommt nun ein 200 Milliarden Euro schwerer „Abwehrschirm“ zur Subventionierung und Senkung von Gas- und Strompreisen, was jedoch noch längst nicht das letzte Wort sein dürfte.

Denn in ihrem aktuellen Herbstgutachten prognostizieren führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute einen weiteren herben Preisanstieg bei Gas und Strom. Anders als beim Öl seien die Anstiege

der Großhandelspreise für Gas und Strom noch längst nicht bei den Verbrauchern angekommen. Die Energieversorger decken sich langfristig ein, so dass sie das Gros der heute an ihre Kunden gelieferten Energiemengen zu den Preisen beziehen, die noch im vergangenen Jahr am Terminmarkt erwartet wurden. Beim Gas erwarten die Institute das Spitzenniveau der Verbraucherpreise daher erst für den Zeitraum Mitte 2023 bis Mitte 2024. Dann sollen die Gaspreise für Verbraucher viermal so hoch wie Anfang 2021 sein. Beim Strom soll das Preisniveau dann in etwa beim Zweieinhalbfachen liegen.

Die Folgen des Energiemangels sind verheerend, denn er treibt die allgemeine Verbraucherpreisinflation weit stärker an als die durch die Corona-Krise ausgelösten Lieferkettenprobleme. Die Unternehmen sind auch langfristig nicht in der Lage, die steigenden Energiepreise durch Einsparungen und kostensenkende Produktivitätsverbesserungen auszugleichen und müssen versuchen, diese über ihre Wertschöpfungsketten an die Verbraucher zu überwälzen. Schon jetzt hat die von knapper Energie und steigenden Energiepreisen getriebene Inflation einen Kaufkraftverlust und damit einen spürbaren Wohlstandseinbruch verursacht. Der Prognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge werden die Reallöhne bis Ende nächsten Jahres um bis zu 15 Prozent sinken. Die Deutschen müssten sich zudem auf einen „permanenten Wohlstandsverlust“ einstellen, da es nicht gelingen werde, diese Reallohnverluste zu einem späteren Zeitpunkt durch Lohn- und Gehaltssteigerungen oberhalb des Verbraucherpreisanstiegs wieder auszugleichen.

Entlastungspakete ungeeignet

„Die Preise müssen runter“, betont Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und dafür werde die Bundesregierung alles tun. Das gewaltige 200-Milliarden-Entlastungspaket solle dazu beitragen, dass Rentner, Familien, Handwerksbetriebe und Industrie die hohen Rechnungen bezahlen könnten. Es gehe darum, als „starke und robuste Volkswirtschaft diese Zeit zu bestehen“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck. Mit den 200 Milliarden solle der „Angriff von Russland, von Putins Regime, auf unsere Volkswirtschaft“ abgewehrt werden. Finanzminister Christian Lindner sprach von einem „Energiekrieg um Wohlstand und Freiheit“.

Alle bisherigen Entlastungspakete sind jedoch völlig ungeeignet, die prognostizierten Wohlstandsverluste zu verhindern. Sie setzen nicht bei den Ursachen des akuten, wie auch des sich bereits seit Jahrzehnten in Deutschland vollziehenden Energiepreisanstiegs an. Die Subventionierung aus dem Bundeshaushalt macht die hohen Energiepreise lediglich erträglicher, indem die Belastungen der Bürger zum Teil in die Zukunft verschoben werden. Mit dem Steuergeld der Bürger wird heute subventioniert, was später durch Steuereinnahmen wieder ausgeglichen werden muss. Und die Subventionen sind endlich. Denn auf lange Sicht

lässt sich auch in Deutschland der Staatshaushalt nicht um hunderte Milliarden oder gar Billionen Euro ausweiten. Sobald die Entlastungsmaßnahmen zurückgefahren werden und obendrein die Schulden zurückgezahlt werden müssen, wird der schöne Schein dieser Wohlstandsrettung verblassen. Spätestens dann setzt sich das real gestiegene Energiepreisniveau in den Verbraucherpreisen fest.

Ursachen ignorieren

Trotz der immer akuter werdenden Krise ist die Bundesregierung – wie auch die Opposition aus CDU/CSU und Linken – nicht bereit, die Ursachen für den akuten Gas- und allgemeinen Energiemangel und den daraus folgenden Preisanstieg anzugehen. Sogar pragmatische Lösungen, die eine sofortige Verbesserung der Versorgung mit billiger Energie ermöglichen könnten, werden ausgeschlagen oder nur in limitiertem Umfang genutzt: Stillgelegte oder in der Reserve befindliche Kohle-, Öl- und Atomkraftwerke werden nicht im möglichen Umfang aktiviert, Genehmigungsverfahren zur Reaktivierung bereits stillgelegter Kraftwerke nicht beschleunigt oder wegen Emissionsschutzauflagen nicht erteilt und Betriebsgenehmigungen für stillzulegende Kraftwerke, wie beispielsweise die noch am Netz befindlichen drei Atomkraftwerke, nicht verlängert.

Fossile Rohstoffe wie heimische Kohle, Öl und in gewissem Umfang auch Kernbrennstoffe sind reichlich und wegen vorhandener Lieferketten zu vergleichsweise günstigen Preisen verfügbar. Obwohl diese das fehlende Erdgas in erheblichem Umfang substituieren könnten, setzt die Bundesregierung alle Hebel in Bewegung, um das Anzapfen dieser Energiequellen zu vermeiden. So nimmt sie billigend in Kauf, dass nicht nur die Gaspreise noch weit stärker als bisher steigen werden, sondern auch die Strompreise. Denn um den volatilen Strom aus Windkraft und Photovoltaik bedarfsgerecht auszugleichen, wird in großem Stil Erdgas benötigt. Dieses ließe sich jedoch ersetzen, wenn die verfügbaren grundlastfähigen Kohle-, Öl- und Atomkraftwerke die Abhängigkeit von Wind- und Solarstrom reduzieren würden. So aber wird sich die Knappheit beim Gas und beim Strom weiter verschärfen.

Die akute Mangelversorgung vor allem mit Erdgas wird über Jahre bestehen bleiben, da die Versorgungsinfrastruktur in Deutschland und Europa sowie in den potenziellen Lieferländern erst aufgebaut werden muss und die damit verbundenen Kosten die Gaspreise auf Dauer hochhalten werden. Trotzdem hat die Bundesregierung noch keinerlei Aktivitäten gestartet, die die Energieversorgung verbessern könnten. So haben wechselnde Bundesregierungen dafür gesorgt, dass die Gasförderung mittels Fracking-Technologie hierzulande verboten ist, obwohl Deutschland über große Schiefergasvorkommen verfügt. Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde über alle Parteigrenzen hinweg praktisch einstimmig vom Deutschen Bundestag beschlossen und moderne Technologien, die die Abscheidung und Lagerung des bei der Verbrennung von fossilen Rohstoffen freiwerdenden

CO2 ermöglichen und deren „klimaneutrale“ Nutzung erlauben würden, sind in Deutschland ebenfalls verboten. Ganz im Gegenteil hat sich die Regierungskoalition im Koalitionsvertrag darauf festgelegt, in der Nordsee weder Öl noch Gas zu fördern – und trotz der akuten Energiekrise nichts zur Revision dieser Beschlüsse unternommen. Ganz im Gegenteil werden diese immer wieder sogar noch als zielführend verteidigt.

Klimapolitik retten

Die Reaktion der Bundesregierung auf die Energiekrise besteht im Wesentlichen darin, mit Hilfe von Entlastungspaketen das Steuergeld der Bürger neu zu verteilen, um damit die hohen Energiepreise zu subventionieren. Da die Bürger letztlich doch die Zeche zahlen, lässt sich der Wohlstandsverlust auf diesem Weg nicht abwenden. Aber darum geht es letztlich auch nicht. Die Entlastungsmaßnahmen sollen die akuten Wohlstandsverluste mit viel Geld erträglich gestalten, indem man sie zum Teil in die Zukunft verschiebt. Es geht darum, den Geldregen so einzusetzen, dass die von den Eliten getragene ökologische Klimapolitik vor rebellierenden Bürgern geschützt werden kann. Nicht zu Unrecht wird befürchtet, dass sie aufbegehren könnten, sofern klar wird, dass die ökologische Klimapolitik die wohlstandssenkenden Effekte ursächlich hervorbringt, für die der Ukraine-Krieg nur der Auslöser ist.

Die ökologische Klimapolitik zielt darauf ab, den Energiebedarf Deutschlands spätestens bis zum Jahr 2045 ausschließlich durch erneuerbare Energien zu decken. Windkraft und Sonnenergie sollen die zukünftigen Standbeine der Energieversorgung bilden. Um dies zu erreichen, müssten diese erheblich ausgebaut werden, denn sie decken bisher erst etwa fünf Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Diese erneuerbaren Energien stehen jedoch, selbst wenn die von der Bundesregierung geplanten gigantischen Ausbauprogramme realisiert werden, in Deutschland – aber auch weltweit – nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. Daher müssen drastische Einsparungen beim Energieverbrauch erreicht werden.

Dieser Energiemangel verkehrt die Wohlstandsentwicklung der Menschheit jedoch in sein Gegenteil. Denn der steigende Wohlstand beruht darauf, dass es immer wieder gelungen ist, ergiebigere Energiequellen nutzbar zu machen und durch die Nutzung von Maschinen die menschliche Arbeitskraft in zunehmendem Maß zu ersetzen. Während die Menschen vor langer Zeit auf die ausschließliche Nutzung von eigener Muskelkraft angewiesen waren, haben andere natürliche Energiequellen diese Funktion der Arbeitsverrichtung übernommen. So hat die kontinuierliche Steigerung des Pro-Kopf Energieverbrauchs zu einer gigantischen Steigerung der menschlichen Arbeitsproduktivität beigetragen und den Wohlstand im gleichen Umfang vergrößert.

Die im Rahmen der ökologischen Klimapolitik vorgesehene sukzessive

Verdrängung von Gas, Öl und Kohle sowie von Kernenergie führt ebenso wie das schockartige Ende der russischen Gaslieferungen zu einem steigenden Energiepreisniveau. Denn Wind- und Solarstrom ist um ein Vielfaches teurer als Strom aus konventionellen Energieträgern, wenn dieser entsprechend den Bedürfnissen moderner Industriegesellschaften bedarfsgerecht verfügbar gemacht wird. Das zeigt sich an der Entwicklung der Strompreise in Deutschland. Der Anteil der Erneuerbaren an der Stromerzeugung lag im letzten Jahr bei erst 42,4 Prozent. Windkraft steuerte lediglich 21,5 Prozent bei, Photovoltaik nur 8,7 Prozent. Obwohl der Beitrag von Wind- und Solarstrom zur Stromversorgung in Deutschland bisher also nur etwa ein Drittel beträgt, hat dessen Subventionierung dazu geführt, dass sich die Verbraucherstrompreise in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt haben.

Die Strompreise werden weiter drastisch steigen, denn mit steigendem Anteil der Erneuerbaren müssen gigantische Stromspeicher aufgebaut werden. Gleichzeitig wird man, um das Erdgas zu ersetzen, zunehmend auf die Verbrennung von ‚grünem' Wasserstoff aus erneuerbaren Energien angewiesen sein, um mit Hilfe von Gaskraftwerken die Phasen zu überbrücken, in denen Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Bis heute ist die Erzeugung dieses Wasserstoffs nicht zu wettbewerblichen Bedingungen möglich. Daher wird das vergleichsweise billige Erdgas in immer größerem Umfang beim Umbau der Energieversorgung auf Erneuerbare benötigt, um deren Volatilität und begrenzte Verfügbarkeit durch Gaskraftwerke zu kompensieren. Damit sich die Erneuerbaren langfristig gegenüber den konventionellen Energieträgern durchsetzen können, befördert die Politik gezielt den Preisanstieg bei der Verwendung fossiler Rohstoffe und von Kernenergie. Sie hebt Abgaben und CO2-Steuern an und durch Regulierung werden die Investitionen in diese Energien behindert.

Elitenkonsens bewahren

Um der wachsenden Kritik an den exorbitant steigenden und seit einigen Jahren weltweit höchsten Strompreisen in Deutschland vorzubeugen, hatte man sich bereits vor dem Ukraine-Krieg darauf geeinigt, die ausufernde EEG-Umlage zur Subventionierung der Erneuerbaren nicht mehr auf die Stromkosten aufzuschlagen. Die Umlage, die die Stromkunden bis Mitte dieses Jahres mit etwa 30 Milliarden Euro jährlich belastet hat, wird seit dem 1. Juli dieses Jahres komplett über den Bundeshaushalt – und damit letztlich von den Steuerzahlern – gezahlt. Nun ist das Bundeswirtschaftsministerium dabei, auch die Netzentgelte für Ausbau und Stabilisierung der Stromnetze, die bisher von den Verbrauchern gezahlt wurden, in den Bundeshaushalt zu übernehmen. Der Bund will nun allein für das Jahr 2023 erstmals 13 Milliarden zuschießen, denn „die Netzentgelte drohten sich zu verdreifachen", so Habeck. Das unter anderem, weil die Stabilisierung der Netze wegen des steigenden Anteils an volatilem erneuerbaren Strom inzwischen 2,3 Milliarden jährlich kostet.

Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise hat das Potenzial, die ökologische Energiepolitik, deren Prämissen ein sinkender Pro-Kopf-Energieverbrauch und die ausschließliche Umstellung auf nur begrenzt verfügbare erneuerbare Energien sind, zu demaskieren. In dieser Krise lässt sich im Zeitraffertempo erkennen, welche sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen Energiemangel und ein auf Dauer steigendes Energiepreisniveau mit sich bringen. Eine Umkehr dieser Klimapolitik ist von den etablierten Parteien dennoch nicht zu erwarten, denn dies würde den hierüber in den letzten Jahrzehnten erzielten Elitenkonsens in Frage stellen. Der resultierende Glaubwürdigkeits- und Autoritätsverlust gegenüber den Bürgern könnte ein politisches Erdbeben mit kaum absehbaren politischen Folgen nach sich ziehen. Aus Sicht der Eliten gilt es also, dieses Szenario mit allen verfügbaren Mitteln zu verhindern.

Mehr von Alexander Horn lesen Sie in seinem aktuellen Buch „Die Zombiewirtschaft – Warum die Politik Innovation behindert und die Unternehmen in Deutschland zu Wohlstandsbremsen geworden sind“ mit Beiträgen von Michael von Prollius und Phil Mullan.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Strahlende Feiglinge: Union, FDP und das Atomgesetz

geschrieben von Admin | 19. Juni 2023

Dass Wirtschaftsminister Habeck nun den Weiterbetrieb von zwei AKWs bis April 2023 für möglich hält, ändert am Grundproblem nichts. Selbst CDU und FDP sind nicht für einen vernünftigen – und dauerhaften – Ausweg aus dem Energie-Dilemma zu haben.

von Manfred Haferburg

Kernkraft in Deutschland – Sein oder Nichtsein. Bisher waren die meisten Politiker, mit Ausnahme der AfD, der irrigen Überzeugung, dass ein Industriestaat vollständig von Wind- und Sonnenenergie versorgt werden kann. Die Realität, dass nur das Backup der Kernkraft und der Kohle- und Gaskraftwerke diese Illusion aufrechterhalten hat, wurde schlicht verdrängt. Nun hat die Realität die Tür eingetreten und steht mitten im Raum. Es dauert nicht mehr lange, bis der Ruf nach Ermittlung der Schuldigen an der sich anbahnenden Energiekatastrophe unüberhörbar ertönen wird. Panik breitet sich im hohen Hause aus.

Die alten Brunnen wurden zugeschüttet, bevor die neuen genügend Wasser liefern können. Zu viel nukleare und fossile Erzeugungskapazität wurde in den letzten Jahren zerstört, ohne dass Ersatz in Sicht war. Nun steht der Winter vor der Tür. Die Gaslager sind zwar gefüllt, aber die letzten 4.500 MW Kernkraft werden am 31.12. laut Atomgesetz abgeschaltet – Strom für 10 Millionen Haushalte. Vor 15 Jahren waren es noch fast 20.000 MW.

Weil alle Warnungen ignoriert wurden, befindet sich Deutschland in einem Energie-Dilemma, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt. Die hektischen Maßnahmen zum Energieimport um jeden Preis und das erratische Kurieren der Ampel-Regierung an den sozialen Symptomen beweisen zur Genüge, dass die Hütte lichterloh brennt. Die Megawattstunde, die sonst an der Strombörse um 50 € kostete, erreichte kürzlich einen Spitzen-Preis von 1.000 €. Wenn etwas richtig knapp ist, wird es teurer. Weder Industrie noch Endkunden können auf Dauer solche Preise bezahlen. Auch der Staat hat nur so viel Geld, wie er von der Industrie und den Bürgern einnehmen kann.

Die Illusion der Vollversorgung mit Erneuerbaren platzt wie eine Seifenblase

Die Illusion der Vollversorgung mit Erneuerbaren platzt wie eine Seifenblase. Die Verengung der Energieressourcen auf Wind und Sonne ist auch keine angemessene Antwort auf den Klimawandel. Denn im Resultat hat die ganze Energiewende keine nennenswerte CO2-Reduktion gebracht, da ja die Erneuerbaren bisher gerade mal den ebenso CO2-freien Stromproduktionsausfall der abgeschalteten Kernenergie substituieren. Der erneuerbare Kraftwerkspark kann verzehnfacht werden, er kann bei Flaute und Dunkelheit trotzdem das Land nicht versorgen. Chemiefabriken, Stahlwerke, Aluhütten, Glasschmelzen, ja nicht einmal Bäckereien können windabhängig arbeiten. Wind und Sonne tragen derzeit mit sechs Prozent zur Primärenergieversorgung Deutschlands bei. Der Rest wird aus anderen Energieträgern gewonnen. Noch mehr als 90 Prozent des „Erneuerbaren-Weges einer nachhaltigen Energieversorgung“ liegen vor uns. Man mag sich gar nicht vorstellen, wie das Ende dieses Wegs aussieht.

Es ist nachweislich unmöglich, eine Industrienation mit Wind und Sonne angemessen zu versorgen, solange es keine bezahlbare Speichertechnologie gibt. Dafür hat Deutschland aber weder die geologischen Voraussetzungen noch eine andere existierende bezahlbare Technologie. Um ganz Deutschland einen Tag mit Pumpspeicherstrom zu versorgen – wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint –, sind ungefähr 480 Pumpspeicherkraftwerke von der Größe des geplanten Rurseewerks erforderlich. Deutschlands Stromspeicher, alle existierenden zusammengenommen, reichen gerade einmal für 30 Minuten. Da kann Märchentante Kemfert faseln, was sie will. (hier ab Min. 36:10)

Auch wenn es nicht in Politikerköpfe hineingeht: Es geht nicht darum, möglichst viel erneuerbaren Strom zu produzieren. Er muss genau dann und in genau der Menge produziert werden, wenn er gebraucht wird. Strom ist

das leichtverderblichste Gut der Welt, er muss in derselben Sekunde erzeugt werden, in der er verbraucht wird – es sei denn, man kann ihn speichern. Und noch einen schönen Gruß an den Staatssekretär Graichen im Wirtschaftsministerium, der die Batterien der Millionen Elektroautos, die er herbeifantasiert, als Speicher anzapfen will: Die Ladestationen sind nicht „rückladefähig“.

Es gibt sehr wohl eine Lösung der Endlagerfrage

Die vielgepriesene Wasserstofftechnologie hat einen Wirkungsgrad von 25 Prozent, das kann keine Politik ändern, das ist Physik. Und der Aufbau einer landesweiten Wasserstofftechnologiestrecke würde ein Zeitvolumen von nicht unter zehn Jahren benötigen, selbst wenn man den Preis von einem Euro pro Kilowattstunde akzeptieren würde. Von den Gefahren, die vom Umgang mit Wasserstoff ausgehen, gar nicht zu reden. Die drei Explosionen, die man in Fukushima sehen konnte, waren explodierender Wasserstoff.

Ein Blackout würde in Deutschland tausende Menschenleben kosten. Dagegen müsste man nun die Gefahren der Kernenergie abwägen. Da hilft die Statistik beim Verstehen. Der Beweis wurde in 15.000 Reaktorjahren erbracht. Bei der Erzeugung einer Terawattstunde Strom kommt es weltweit zu den folgenden Todesraten: Kohle 30, Öl 18, Biomasse 5, Erdgas 3, Wasserkraft 1, Wind/Wasser/Geothermie/Sonne/Kernenergie weniger als 1. Einem Opfer pro 10 Terawattstunden Kernkraft stehen drei Tote bei Windkraft gegenüber, da sind sogar TMI, Tschernobyl und Fukushima mit eingerechnet.

Es ist eine nicht zutreffende Behauptung, dass es keine Lösung der Endlagerfrage gibt. In Finnland geht gerade das Endlager ONKALO in Olkiluoto in Betrieb. Trotzdem ist wohl die gegenwärtige deutsche Lösung, keinen Endlagerstandort finden zu wollen, die ungewollt beste Lösung. Enthalten doch die abgebrannten Brennelemente in den Zwischenlagern noch mehr als 95 Prozent ihrer nutzbaren Energie. In den Reaktoren der Generation 4 bzw. 5 kann nach Wiederaufbereitung diese Energie genutzt werden und reicht für 350 Jahre Stromversorgung für Deutschland. Dann braucht es auch kein Endlager mehr, da die Abfälle dieser Reaktoren nur noch 300 Jahre strahlen. Aber in Deutschland ist ja auch die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen verboten.

Ein Blackout wird immer wahrscheinlicher

Um sich vom Gas unabhängig zu machen, hätte man alle Kernkraftwerke weiterlaufen lassen müssen. Die haben ungefähr den Anteil Energie erzeugt, der von russischem Gas erbracht werden sollte. Deshalb hieß Gas ja „Brückentechnologie“. Heute fehlt beides mit fatalen Folgen. Und es hilft auch nicht, sich nun in der Not von LNG aus anderen fragwürdigen Ländern zu exorbitanten Preisen abhängig zu machen. Schiefergas hätte Deutschland selbst genug für viele Jahre. Doch die Politik verbietet auch das blindwütig, genauso wie die CCS-Technologie zur CO2-freien

Weiternutzung der heimischen Kohle.

Strommangelwirtschaft ist schon heute Realität, und ein Blackout wird immer wahrscheinlicher. Auch die Nachbarländer werden nicht helfen können, die haben selber Probleme.

Es geht längst nicht mehr um Überzeugungen im größten Bundestag aller Zeiten. Jetzt geht es darum, seine Politikerhaut zu retten und möglichst die Anderen schuldig aussehen zu lassen, wenn die Energiekrise zuschlägt.

Die AfD hatte schon am 5. Juli dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes (Drucksache 20/2592 & 20/3586) eingebracht. In diesem wurde beantragt: „*…Der Weiterbetrieb der drei aktuell noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke ist als Minimalkonsens dringend angezeigt. Dazu müssen die betreffenden Anlagen Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode – 3 – Drucksache 20/2592 nach dem AtG entfristet und die Strommengenbegrenzung abgeschafft werden. Die Sicherstellung eines wirtschaftlich sinnvollen Betriebs für die Betreiber erfolgt am effektivsten über eine entschädigungsbewehrte Laufzeitzusage von 20 Jahren, welche zusätzliche Verbindlichkeit schafft. In einem zweiten Schritt, der nicht Gegenstand des vorliegenden Entwurfs ist, können die Ende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke in gleicher Weise entfristet werden…*“

Am 22. September 2022 beriet und beschloss der Deutsche Bundestag in dritter und letzter Lesung, den Gesetzesvorschlag der AfD zur Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke mit 70 Ja-Stimmen, 544-Nein Stimmen und 122 nicht abgegebenen Stimmen abzulehnen.

Merz ließ den Worten keine Taten folgen

Medial tut die Regierungspartei FDP in Sachen KKW so, als sei sie in der Opposition und fordert lautstark den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Der FDP-Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister Lindner tönt am 21. September*: „Es ist unabdingbar, die Kapazitäten am Strommarkt zu erhöhen und so die galoppierenden Preise zu senken. Die drei sicheren Kernkraftwerke müssen weiterlaufen und die Kohlekraftwerke unbedingt ans Netz gebracht werden“.*

Einen Tag später stimmt er geschlossen mit 78 Abgeordneten seiner Fraktion im Bundestag – 14 FDP-Abgeordnete zogen es vor, abwesend zu sein – gegen einen Antrag zur Änderung des Atomgesetzes, der den Weiterbetrieb dieser Kraftwerke überhaupt erst ermöglicht hätte. Ab 1. Januar 2023 ist nämlich durch dieses Gesetz die gewerbliche Stromerzeugung aus Kernenergie in Deutschland bei Strafe verboten.

Und die CDU/CSU tönt durch den Mund ihres Parteivorsitzenden und Oppositionsführers Merz: *„Die Zeit wird jetzt knapp. Wenn die Bundesregierung nicht sehr bald zu Entscheidungen kommt, dann trägt sie*

ganz allein die Verantwortung für die Folgen von Gasnotlage und Strommangel im kommenden Winter“. Nein, Herr Merz, für die Abschaltung der 14 anderen Kernkraftwerke trägt die CDU/CSU unter Führung der Abschaltkanzlerin Merkel die Hauptverantwortung. Die Entscheidung von 2011 zum Kernenergieausstieg traf die CDU/CSU, wenn auch zusammen mit der SPD und FDP und unter Druck von den Grünen.

Am 2. September forderte Merz in einer Mail an die CDU-Mitglieder den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke: *„…Das Ergebnis dieses zweiten Stresstests sollte ursprünglich Mitte dieser Woche veröffentlicht werden. Aber ganz offensichtlich passt Teilen der Bundesregierung das ermittelte Ergebnis nicht, denn nach allem, was aus der Expertengruppe zu hören ist, wird der im Winter zu erwartende Strombedarf ohne die derzeit noch laufenden drei Kernkraftwerke in Deutschland nicht zu decken sein. Aber ein solches Ergebnis kurz vor den Wahlen in Niedersachsen droht die grüne Partei zu zerreißen. Also wird wieder nichts entschieden. … Vor diesem Hintergrund überhaupt noch ernsthaft daran zu denken, drei moderne, problemlos laufende Kernkraftwerke zum Jahresende stillzulegen, ist verantwortungslos (*sagt ein Parteivorsitzender, dessen Partei 14 moderne, problemlos laufende Kernkraftwerke abschalten ließ*). Wir haben der Bundesregierung im Sommer eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages zur Änderung des Atomgesetzes angeboten und sie aufgefordert, die Bestellung neuer Brennstäbe zu ermöglichen“.* So tönt ein Herr Merz, um dann am 22. September mit 165 Abgeordneten seiner Fraktion im Bundestag – 32 CDU/CSU-Abgeordnete zogen es vor, abwesend zu sein – ebenfalls gegen eine Änderung des Atomgesetzes zu stimmen.

Weder von der CDU/CSU noch von der FDP gab es im Bundestag auch nur eine einzige Ja-Stimme für die Änderung des Atomgesetzes – noch einen schönen Gruß an Herrn Kubicki.

Abstimmung der Schande im Bundestag

Am 20. September, also ganze zwei Tage vor der Abstimmung über den AfD-Antrag im Bundestag, brachte die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf eines Neunzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes ein. Er kam so spät, dass eine Abstimmung darüber voraussichtlich erst nach der Niedersachsenwahl am 9. Oktober stattfinden kann. Im Grunde fordert der Antrag der CDU/CSU das Gleiche wie der Antrag der AfD. Nur soll die Laufzeit der letzten drei KKW nicht für 20 Jahre verlängert werden, sondern nur für zwei Jahre bis 31.12.2024.

Zur Reaktivierung der im vergangenen Jahr abgeschalteten KKW wird nichts gesagt. Offensichtlich glaubt auch die CDU/CSU, dass die Energiewende mit Sonne und Wind in zwei Jahren die Energiekrise gelöst hat oder bis dahin wieder Gas aus Russland fließt, irgendwer die nötigen 30 Gaskraftwerke gebaut hat und der von Frau Merkel begonnene Atomausstieg dann doch noch vollendet werden kann.

Ganz nebenbei frage ich mich, was die CDU/CSU macht, wenn es zur Abstimmung im Bundestag über ihren eigenen Gesetzentwurf kommt und die AfD geschlossen dafür stimmt? Lehnen sie dann ihren Antrag ab, nur um nicht mit der AfD zu stimmen?

Lippenbekenntnisse zur Kernenergie

Merz und Lindner geben feige Lippenbekenntnisse pro Kernenergie ab, in der Hoffnung, beim eintretenden Energie-Desaster mit ihrer Partei vor dem Zorn der Betroffenen davonzukommen. Sie hoffen dabei auf weitere Schützenhilfe der Medien, die ganz zufällig vergessen haben, über die Abstimmung der Heuchelei im Bundestag gebührend zu berichten. Darüber hinaus rechnen sie – wohl zu Recht – mit der Vergesslichkeit der deutschen Bürger. Sie wollen nur ihre Haut über den Winter retten. Sie verzögern, schwafeln und taktieren so lange, bis es den Betreibern der KKW endgültig unmöglich wird, die Anlagen über die kalte Jahreszeit in Betrieb zu halten. Das Zeitfenster dafür schloss sich schon im Mai dieses Jahres und jetzt müsste die Scheibe eingeschlagen werden, um doch noch in den Streckbetrieb zu gehen. Es sind noch drei Monate bis zur Abschaltung – mit der Lieferung neuer Brennelemente ist für diesen Winter nun nicht mehr zu rechnen.

Lieber 10 Millionen Haushalte ohne Strom – frierende Kinder und Omas, abwandernde Industrie eingeschlossen – als mit der falschen Partei zu stimmen. Dazu passt die Meldung, dass die französische Regierung jetzt offiziell den Bau von sechs neuen Kernkraftwerken EPR2 angekündigt hat. Sie werden an Standorten bereits bestehender Reaktoren in Doppelblockbauweise errichtet, die ersten zwei in Penly, Seine Maritime. Die nächsten zwei dann in Gravelin, im Norden Frankreichs. Der Baubeginn des ersten wird 2027 sein. Seine Inbetriebnahme im Jahr 2035.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier